

**CDU**Fraktion im Rat der  
Stadt SaarbrückenRathaus-Carrée, Zimmer 203  
66104 Saarbrücken  
Telefon (06 81) 9 05-13 03  
-13 18  
Telefax (06 81) 9 05-15 92**SPD** Saarbrücken

Stadtratsfraktion

**DIE LINKE.**

Fraktion im Stadtrat Saarbrücken

Stadtratsfraktion  
Saarbrücken

<b>Datum:</b>	14.03.2014	<b>FRA/0321/14</b>
<b>AntragstellerIn:</b>	Herr Peter Strobel Herr Peter Bauer Frau Gabriele Ungers Frau Karin Burkart	
<b>SachbearbeiterIn:</b>	Christian Batz	
<b>Telefon:</b>	(0681) 905-1318	
<b>Telefax:</b>	(0681) 905-1592	
<b>E-Mail:</b>	christian.batz@saarbruecken.de	
<b>Beratungsfolge und Sitzungstermine</b>		
<b>Gremium</b>	<b>Sitzungsdatum</b>	<b>Status</b>
Stadtrat der Landeshauptstadt Saarbrücken	18.03.2014	öffentlich
<b>Betreff:</b>		
Resolution: Erhalt und Ausbau des Verkehrsangebotes auf der Hochgeschwindigkeitsbahnverbindung Paris-Saarbrücken-Frankfurt/M. (POS-Nord)		
<b>Beschlussvorschlag:</b>		
Der Stadtrat der Landeshauptstadt beschließt folgende Resolution:		

### **Erhalt und Ausbau des Verkehrsangebotes auf der Hochgeschwindigkeitsbahnverbindung Paris-Saarbrücken-Frankfurt/M. (POS-Nord)**

Im Rahmen des Bahngipfels der Landesregierung am 06.03.2014 hat die Deutsche Bahn über die Neuverhandlungen des Kooperationsvertrags für die deutsch-französische Eisenbahnstrecke berichtet und darauf hingewiesen, dass die Gefahr bestehe, dass das Angebot auf der Hochgeschwindigkeitsbahnverbindung von Paris nach Frankfurt/M. über Saarbrücken (POS-Nord) ab 2016 reduziert werden und längerfristig in seiner Existenz bedroht sein könnte. Die Berichterstattung in den Medien über die laufenden Verhandlungen des Kooperationsvertrags der beiden Bahngesellschaften DB und SNCF hat zu großer Besorgnis in der Grenzregion geführt.

Vor diesem Hintergrund betont der Stadtrat der Landeshauptstadt die Bedeutung dieser Verbindung für die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt, des Saarlandes und der Großregion SaarLorLux. Als Bestandteil des transeuropäischen Eisenbahnnetzes verbindet die POS-Nord die Agglomerationsräume Paris, Metz-Nancy, Saarbrücken und Frankfurt/M. An dieser Strecke wohnen 17 Millionen Europäer, die zusammen ein Brutto-Inlandsprodukt von ca. 430 Milliarden Euro erwirtschaften.

Eine mögliche Ausdünnung der Verbindungen ist umso unverständlicher, da in der Vergangenheit seitens der nationalen Bahngesellschaften in Deutschland und Frankreich mehrfach betont wurde, dass die Fahrgastzahlen auf dieser Relation die Erwartungen übertreffen. Ebenso unverständlich wäre eine Reduzierung des Verkehrsangebotes angesichts der Tatsache, dass zur Ertüchtigung des Streckenabschnittes Ludwigshafen-Saarbrücken insgesamt 400 Millionen Euro in die Schieneninfrastruktur investiert werden.

Auch auf saarländischer Seite würden erhebliche Investitionen in den Eurobahnhof Saarbrücken und in die Förderung von Ansiedlungen im Bereich des Quartier Eurobahnhof entwertet, die insbesondere im Hinblick auf die Aufnahme des Hochgeschwindigkeitsbahnverkehrs getätigt wurden.

Eine Verschlechterung des Fahrtenangebots würde nicht nur die Landeshauptstadt und damit das Saarland, sondern auch die Nachbarregionen sowie die Großregion SaarLorLux insgesamt direkt betreffen. Dadurch würde sich die Anbindung des Großherzogtums Luxemburg an den Raum Frankfurt/M. verschlechtern, da weniger Fernverkehrszüge ab Saarbrücken zur Verfügung stünden. Gleiches gilt für die Anbindung des Département Moselle an das Saarland und die Pfalz in Richtung Frankfurt/M., wobei hier noch hinzukommt, dass bei einem Wegfall der grenzüberschreitenden Verkehre auch die Anbindung des östlichen Teils des Départements an Paris entfallen würde, die derzeit noch über den ICE-Halt Forbach gewährleistet ist. Mit Blick auf die vom 13. Gipfel beschlossene Entwicklung der Großregion zu einer GPMR (Grenzüberschreitende Polyzentrische Metropolregion) stellt der weitere Ausbau und die hochwertige Bedienungsqualität der POS-Nord ein prioritäres Verkehrsvorhaben dar.

In diesem Zusammenhang weist der Stadtrat der Landeshauptstadt Saarbrücken auf die deutsch-französische Vereinbarung von La Rochelle hin, in der die Gleichwertigkeit der beiden Äste im Hinblick auf die Fahrzeit angestrebt wird. Darüber hinaus wurde in der „Erklärung von Baudrecourt“ von 2009 seitens des Saarlandes, Rheinland-Pfalz und des Département Moselle eine Verbesserung des Verkehrsangebotes sowie weitere Infrastrukturmaßnahmen zur Verkürzung der Fahrzeit auf der POS-Nord gefordert.

Um die grenzüberschreitenden Hochgeschwindigkeitszüge in ihrem Bestand zu sichern und die Voraussetzung für eine Ausweitung der Verkehre zu schaffen, fordert der Saarbrücker Stadtrat eine Fortführung der erfolgreichen Kooperation zwischen DB AG und SNCF. Alleo, die gemeinsame Marketinggesellschaft von DB AG und SNCF, muss am Standort Saarbrücken erhalten bleiben. Die Kooperationspartner werden aufgefordert, für eine verlässliche und dauerhafte Lösung mindestens auf dem bisherigen Niveau zu sorgen.

Darüber hinaus fordert der Stadtrat der Landeshauptstadt die Landesregierung auf, sich gegenüber der Bundesregierung und der DB AG für einen Erhalt und perspektivisch für einen

Ausbau des Verkehrsangebotes auf der Hochgeschwindigkeitsbahnverbindung einzusetzen. Unter Bezug auf die deutsch-französische „Erklärung von Saarbrücken“ der beiden Außenministerien vom 15.07.2013 möge die Landesregierung die zuständigen Stellen auf nationaler Ebene ersuchen, die notwendigen Voraussetzungen für weitere Fahrzeitverkürzungen und für eine Verbesserung des Verkehrsangebotes auf der POS-Nord schnellstmöglich herzustellen.

Mit Blick auf die Bedeutung der POS-Nord-Strecke für die Großregion appelliert der Stadtrat der Landeshauptstadt an die Landesregierung, die Initiative für eine Positionierung des Gipfels zu ergreifen. Darüber hinaus wird der Interregionale Parlamentarierrat (IPR) dazu aufgefordert, sich mit der Frage zu befassen und das Anliegen zu unterstützen.

Darüber hinaus fordert der Stadtrat die Landesregierung dazu auf, sich für eine bessere Anbindung Saarbrückens an das deutsche Fernverkehrsnetz insgesamt einzusetzen. Dabei muss insbesondere auch die Wirtschaft einbezogen werden. So müssen die bestehenden Direktverbindungen nach München und Leipzig erhalten und ausgebaut werden, eine schnelle und direkte Fernverkehrsverbindung Richtung Rhein-Ruhr muss eingerichtet werden. Eine gute Erreichbarkeit Saarbrückens ist für den Wirtschaftsstandort Saarland von entscheidender strukturpolitischer Bedeutung. Dies entspricht auch der Position der saarländischen Industrie- und Handelskammer.

Gute Fernverkehrsverbindungen sind auch wichtige Voraussetzungen für die Entwicklung unserer Städte. Deshalb bittet der Stadtrat die Stadtverwaltung, gemeinsam mit anderen Städten in der Region, wie Trier und Kaiserslautern, Luxemburg und Metz, gegen eine drohende Verschlechterung der Fernverkehrsverbindungen aktiv zu werden.

**Begründung:**

Erfolgt mündlich.

CDU-Fraktion



Peter Strobel MdL  
– Fraktionsvorsitzender –

SPD-Fraktion



Peter Bauer  
– Fraktionsvorsitzender –

Fraktion DIE LINKE



Gabriele Ungers  
– Fraktionsvorsitzende –

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen



Karin Burkart  
– Fraktionsvorsitzende –

---

---